



Donnerstag, den 17. Juli 1971 Nummer 17

Unkostenbeitrag - ,20 DM



DIE



- 1.) UNIVERSITÄTSGESETZ VERABSCHIEDET
- 2.) BERLIN AB 1. JANUAR 70 "WEISSER KREIS"
- 3.) POLIZEIETAT 1971 UM 10% ERHÖHT

DEMOKRATIE DES



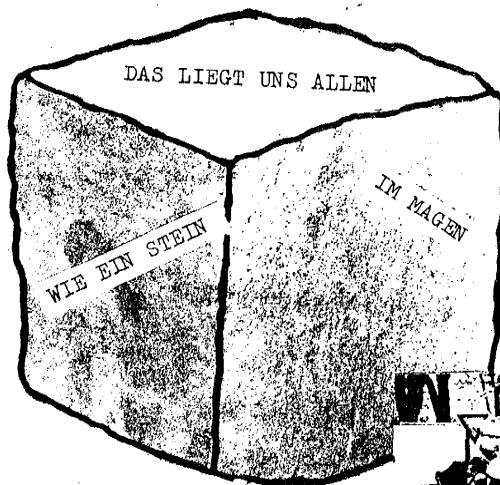
SENATS



DIE WÜRDE DES
MENSCHEN IST
UNANTASTBAR



IN DER



PRAXIS



Berliner Polizei-Alarmübung: Mehr Feuerkraft.

Regierungsrat Dr. Brugger sass in einer Versammlung in Dübendorf und trank seinen Pernod. Die Versammlung war von der Freisinnigen Partei als Aussprache mit der Jugend gedacht. Dem unjugendlichen Publikum machte er im Teamwork mit Dr. Bieri (Stadtrat), Dr. Luchsinger (NZZ) und anderen Parteiherrn klar, wie weltoffen die Freisinnige Partei, wie vielschichtig die Neue Zürcher Zeitung und wie gut der Boden in Privathänden verwaltet sei. Plötzlich sagt Dr. Brugger:
"- ab und zu muss man eben einen Stein werfen, damit die Leute aufmerksam werden".
Da erblasste das Publikum und ging in Deckung.

WER VON EUCH OHNE SÜNDE IST,
WERFE ZUERST DEN STEIN AUF SIE

JOHANNES 8



TERROR IN HELVETIA

Polizeiliche und militärische Unterdrückung gegen progressive Gruppen

1) Polizei

Die Schweizer Polizei ist föderalistisch organisiert und beschäftigt sich zur Hauptsache mit dem für die Öffentlichkeit sichtbaren Sektor der Kriminalität. Der Hauptteil der Repression gegen linke Gruppen wird von der Bundespolizei (BuPo) und dem Militär durchgeführt. Die reguläre Polizei übt in diesem Zusammenhang nur undurchsichtige Hilfsfunktionen aus (Knüpf). Die Bundespolizei, die offiziell keine Büros unterhält, ausserdem totale Exekutivgewalt besitzt (Verhaftungen ohne Haftbefehl = Vorbeugehaft), kann im Gebiet der ganzen Schweiz ohne rechtliche Legitimation eingesetzt werden. Diese Polizeitruppe tritt in Zivil auf und ist bewaffnet. Interessant ist, daß diese Terrortruppe, nach dem Vorbild der Gestapo, von niemandem kontrolliert wird und somit ungehindert ihre politische Repression durchführen kann. Chef der Bundespolizei ist ein fragwürdiger Herr Hummler, der sich dadurch auszeichnet, daß er an einem Frühjahrsanfang der griechischen Botschaft zum zweiten Jahrestag der Machtgreifung (21.4.67 - 69) teilgenommen hat. Ausserdem waren sämtliche hohen Offiziere von Schweizer Polizei und Militär sowie Vertreter der offiziellen Schweiz dabei. (Der Polizeichef der Stadt Bern, wo das Fest stattfand, ist Sozialdemokrat!!!) Dieses Fest wurde durch Stacheldrahtverhaue, Tränengas und bewaffnete Polizisten in Militärkampfranzögen in seinem ordnungsgemässen Ablauf gesichert. Einige hundert Demonstranten versuchten vergeblich, dieses Faschistentreffen Schweiz. + und griechischer Prominenz zu verhindern. Die gesamte Stadt wurde von einem Polizei/Militärgürtel systematisch abgeriegelt, jedes Auto, jede Person, die nach Bern reisen wollte, wurden Erkennungsdienstlich behandelt. Jeder, der einen antifaschistischen Eindruck machte, wurde sofort abgeführt und ver4 schwand auf unbestimmte Zeit in der Polizeikaserne. Selbstverständlich wiesen sich die Hilfsfaschisten nicht aus und hatten keine Haftbefehle. Dieses Vorgehen ist nach Schweizer Recht legal!!!

In St. Gallen (Ostschweiz) installierte die Bundespolizei in einem Versammlungslokal der PDA (Partei der Arbeit) Tonband und Abhörgeräte, ohne dass der sozialdemokratische Chef der Kantonspolizei (wie deutsche Landespolizei), Herr M. Eggenberger, etwas dagegen unternommen hätte.

In absehbarer Zeit wird in der Schweiz eine Interkantonale mobile Polizei eingesetzt, die direkt der Bundespolizei unterstellt ist. Diese Truppe ist uniformiert und schwer bewaffnet. Zweck dieser Einheit ist die Niederschlagung von Unruhen in Zusammenarbeit mit dem Militär.

2) Militär

Vom 7. Schuljahr an genießt der männliche Jungschweizer die "Vorteile" des militärischen Vorunterrichts (Körperliches Leistungstraining sowie geistige Auseinandersetzung mit (gegen) den Kommun-

mus). Worte wie: "Pazifisten sind Vollidioten!" zeigen das hochstehende Niveau dieser Ausbildung. Die Vorschulung umfasst unter anderem die Ausbildung mit Waffen und das Ansehen von Nato-Werbefilmen. (Griechenland wird verherrlicht) Während der ganzen vormilitärischen Ausbildung wird ein "Leistungsbuch" geführt, das der junge Schweizer bei seiner Einziehung in die Armee vorweisen muss. Es gibt für ihn kein Entkommen, denn jeder Schweizer wird eingezogen und es gibt kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Da der Schweizer das halbe Leben als Soldat verbringt (Militärarmee, d.h. er muss jedes Jahr einen Wiederholungskurs absolvieren), hat die Militärjustiz einen entscheidenden Einfluss auf seine politische Entfaltungsmöglichkeit. Diese Justiz befasst sich offiziell nur mit Kriegsdienstverweigerern, hat aber die Funktion einer "Säuberungsgruppe", die aufgrund ihrer gewaltigen Machtposition in der Konstellation des Landes praktisch allumfassend ist. (Ein mildes Urteil ist beispielsweise noch die Ausschlussung aus der Armee nach einiger Zeit Haft). Personen, die von diesem Militärgericht verurteilt werden, verschwinden im Lager "Zuggerberg", worüber nur schlimme Gerüchte zirkulieren, da niemand in der Lage ist, die Zustände in diesem schweizerischen KZ aufzudecken und anzuprangern. Meistens finden solche Gerichtsverhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und haben den Charakter eines Ausnahmegerichts (z.B. Am 3.7.1968 wurden im kath. Pfarrhaus in Savièse 2 Rekruten wegen Verteilung von Flugblättern zu 8 Monaten scharfen Arrest und Ausschluss aus der Armee durch ein Sondergericht unter dem Vorsitz des Grossrichters Gonvels verurteilt. Man weigerte sich, den Aufenthaltsort der Verurteilten bekanntzugeben. Sie befanden sich in Witzwil, wo nach Angaben einer Tageszeitung ein rauher aber "herzlicher" Ton herrschte, so herzlich, daß vor einiger Zeit Häftlinge verletzt wurden und auf ominöse Weise ums Leben kamen.

Trotz solcher schwerer Repressionen und Zerschlagungsversuchen der Linken seitens der Herrschenden wird unser Kampf fortgesetzt und siegreich enden!!!

Sozialistisches Schweizer Aktionskollektiv in West-Berlin



Ein an der Deckenlampe verstecktes Mikrofon in einem Versammlungslokal der PDA demonstriert den von Buposchmüfflern ausgeübten Gensinnungsterror in der Ostschweiz.

SCHWEIZ

Zielsetzung und Tätigkeit der progressiven Gruppen in St. Gallen

Es existieren zwei nicht-institutionalisierte Gruppen, die aus ihrer verschiedenen Zielsetzung heraus nur einen oberflächlichen Zusammenhang aufweisen.

Vor etwa vier Monaten wurde an der Hochschule St. Gallen eine kritische Studentengruppe mit dem Namen "Inform" gegründet. Infolge Radikalisierungstendenzen einiger Mitglieder innerhalb dieser Gruppe entstand eine weitere Organisation, die PAS. Diese Trennung drängte sich insofern auf, als die Hochschulegruppe sich in ihrer Zielsetzung auf die spezifischen Probleme innerhalb der Hochschule beschränkte, um im Zuge einer dadurch erhofften Basisverbreitung die Tatsache, daß Hochschulprobleme in einem interdependenten Zusammenhang zur Gesamtsituation unserer Gesellschaftsordnung gesehen werden müssen, einfach ablehnte.

Die PAS setzt sich aus drei Basisgruppen zusammen (Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten), die ihrerseits autonome Arbeit leisten, jedoch im Sinne einer Arbeitsteilung die spezifischen Probleme ihres zu bearbeitenden Gebietes, der Gesamtorganisation mitteilen und interpretieren. Organisationsstruktur muß hier noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß weder Inform noch die PAS nach den überlieferten Organisationsformen einer politischen Partei funktionieren. Im Sinne einer antiautoritären Organisation soll eine optimale Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen erzielt werden. Ein entsprechender Bewusstseinsgrad und die daraus resultierende Disziplin bildet dafür die Hauptvoraussetzung. Dieses Ziel kann jedoch nur durch eine offene permanente Kritik und Selbstkritik ihrer Mitglieder erreicht werden.

Wir verstehen uns als eine ausserparlamentarische Opposition. Die Behauptung, daß eine solche Organisation in der Schweiz keine Berechtigung habe, da bei uns das Volk, ausgerüstet mit dem Initiativ- und Referendumsrecht, als Ganzes eine Art ausserparlamentarischer Opposition darstelle, wird immer wieder betont. Juristisch betrachtet ist diese Reststellung völlig richtig. Schaut man sich aber die Stimmbeteiligungen und vor allem das niedrige Problembewusstsein der Stimmbürger an, die oft nicht einmal über die einfachsten formalen Strukturen unseres Staates Bescheid wissen, können die formell bestehenden Volksrechte überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden. Und, ist es das nicht eher so (um den Spieß einmal umzudrehen), daß wir von kleinen radikalen Minderheiten regiert werden. Tatsächlich sind die genannten Phänomene aber nur Symptome für die politische Irrelevanz von Abstimmungen, in denen jede grundsätzliche Alternative fehlt und deren Ausgang meist nur beschleunigenden oder verzögernden Einfluss auf ein schon feststehendes Ergebnis hat.

Die Zusammenarbeit mit den politischen Parteien

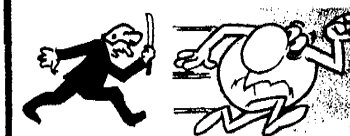
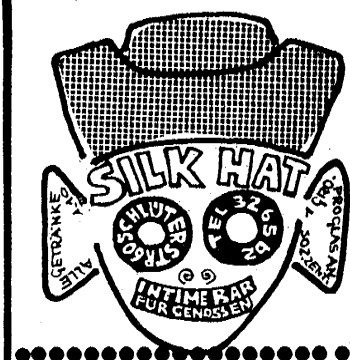
Wir haben aus Diskussionen mit den etablierten politischen Parteien folgende Eindrücke gewonnen:

1. ist die dynamische Zielsetzung der progressiven Gruppen, die aus einem steten Neubedenken und kritischen interpretierten der jeweiligen aktuellen politischen Situation resultiert, nicht in eines der starren, dogmatischen Parteiprogramme zu integrieren.
2. sind die Repräsentanten dieser Parteien, die in Fraktionen im Parlament nurmehr eine ausschmückende Bedeutung haben, in ihrer demokratischen politischen Funktion insofern kaltgestellt, als die Politik nicht von ihnen als sog. Volksvertreter gemacht wird, sondern von Interessensverbänden, deren Handlanger sie sind.

3. haben namentlich die Vertreter des Proletariats den Kontakt zur breiten Masse der Arbeitenden verloren. In diesen Gremien geht die Entfremdung gar soweit, daß man sog. asoziale Elemente wie Rocker und Gammler, die vielleicht gar zur Avantgarde derer zählen, die eben diesen autoritären "Scheinföderalismus" unserer Demokratie und den verheerenden Konsumtions-Teufelskreis als erste nicht mehr mitmachen, aus der Liste von demokratiefähigen Bürgern und damit aus der Liste als Menschen überhaupt streicht.

Wir sind uns bewusst, daß unsere Aufgabe ein Engagement bis fast zum materiellen und existentiellen Ruin bedeutet. Verunglimpfungen in der Presse, wie: unsere Bewegung sei von zahlungskräftigen Hintermännern gesteuert, wir seien in Agitationszentren ausgebildet worden, zeigen nur, daß die Verantwortlichen dieses Systems ihren Untergebenen nicht einmal eine kritische Auseinandersetzung ihrer dunklen Machenschaften zutrauen. Ihr Bewusstsein über die Unmöglichkeit der Jugend und ihrer Obrigkeitshörigkeit beweist das fehlende Vertrauen in die kommende Generation. Wenn bei einem Teach-In der Gewerbeschüler über die Bildungsstruktur hier in St. Gallen die Polizei in Alarmbereitschaft steht, wenn ein Brief eines dieser Gewerbeschüler an die Griechische Botschaft seinen Weg auf dem Polizeiposten findet und damit argumentiert wird, daß darob das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und diesem Verbrecherstaat getrübt würde, wenn anlässlich einer St.Galler-Theateraktion gegen das bürgerliche Theater 30 Polizisten in Zivil in den Zuschauerraum eingeschleust werden, wenn man im eigenen Telefon das verdächtige Klicken des Abhördienstes hört, dann hat unsere Demokratie abgedankt!!!!

(Ausszüge aus einem Flugblatt der PAS = Progressive Aktion St. Gallen der Lehrlinge, Mittelschüler und Studenten)



ApoTheke

Spaghetti 1,90

ApoTheke

Sozialp
Spaghetti 1,90
Pils 1,40
Kaffee 1,40
Gerst 1,40
Rindfleisch 1,90

Berlin 10 Galvanistr. 2
Nähe Ernst-Reuter-Platz
am Einsteinufer

Kleinanzeigen

Autos

Suche für nächste Woche 2 Tage Auto für Westdeutschlandfahrt gegen Bezahlung. 86 67 93.

VW-Bus mit Schäden in der Karosserie, guter Zustand, ohne TÜV ca. 200,- DM. Tel: 773 25 88

Renault Dauphine 62 B.J., TÜV 71 200,- DM Motorschaden Tel: 26 12 10

Suche sehr billig altes Mofa (50-60 DM). 76 53 40

Wunderbares buntes Auto (Lloyd 400 B.J. 55) 250,- Liebhäberpreis. ATM neu div. Ersatzteile einschl. Motor zu verkaufen. Steuer + Vers. im Jahr 218,-. TÜV Ende 70 Michael Freytag, 1-36, Skaltitzer Str. 54, 2. Hof

Grossfamilie sucht dringend VW-Bus bis 500,- DM: 61 66 45

VW Cabriolet, B.J. 1951, Austauschmotor, Radio, Karosserie und Verdeck in gutem Zustand, Bremsen und Lenkung defekt 230,- DM. Marx, 1-61, Mittenwalder Str. 44 Tel: 87 14 04 u. 66 62 62

Mietgesuche

Das Redaktionskollektiv "883" sucht dringend grosse Ladenwohnung Tel. 883 56 51

Wir suchen 6-8 Zi-Wohnung, tel. 883 56 51

Genossen suchen dringend 2½ od. mehr Zimmerwohnung, möglichst mit Bad bis 150,- DM. (Zahle Prämie). Tel: 45 54 283

1 Zimmer möbl. bis 130,- DM gesucht ab 1. Aug. Tel: 32 26 28

Nette deutschsprachende Französin sucht dringend für den Monat August Zimmer. 769 16 69

Suche 1-Zimmerwohnung oder Zimmer in Gemeinschaftswohnung. R. Kuhlmann, Nürnberger Str. 24a Tel: 211 16 99

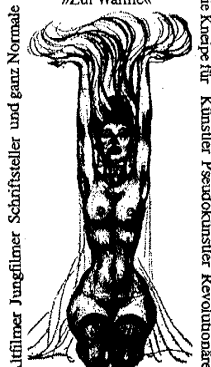
Suche 3-6 Zimmerwohnung Tel: 76918 06 (zw. 18 u. 19 Uhr)

Zimmerfrei

2 helle Zimmer, repressionsfrei, teilmöbliert, kein Abstand, Kochgelegenheit vorhanden, Badbenutzung, Warmwasser, Ofenheizung. Günstige Lage (nahe U-Bhf Hohenzollernplatz). (evtl. auch einzeln) ab 1. August zu vermieten. 180,- DM Christiane Wähler, 1-31, Holsteinische Str. 21 II, tgl. ab 18 Uhr. 2-Zimmerwohnung Kreuzberg, malerische Lage auf 2. Hinterhof, gut durchlüftete Aussentoilette. Kleiner Abstand für Renovierung und strapazierfähiges Mobiliar Michael Freytag, 1-36, Skaltitzer Str. 54, 2. Hof

Tina Putt

»Zur Wanne«



1 Berlin 31
Holsteinische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30-5 Uhr

Fundgrube

Suche für Monat August ein leichtes 3-4 Personen-Zelt zu mieten!
Paul Schilling, 1-44, Sanderstr. 16

Primamer brauchen dringend (wegen der Ferienzeit) einige Model ungefähr gleichen Zeugnissjahrgangs für Zelte. Ueber bürgerliche Feinheiten wird hinweggesehen! Anrufe bitte am 21./22.7. von 17-18 Uhr: 72 23 78

"883" sucht billige Lageräume, wo Genossen Möbel und Kraftfahrzeugteile zwecks Weitergabe unterstellen können Tel.: 883 56 51

Wer möchte sich August-Sept. mit Mao herumschlagen? Mao ist eine Katze, schwarz-weiß, 3½ Monate alt Bei Ulrik, Tel: 3186 54

In der Oranienstr. 199 hat der Genosse Ingo Eberding eine Fernseh-u. Rundfunkreparaturwerkstatt mit An- u. Verkauf von Gebrauchtgeräten eröffnet. Er hat soziale Preise. z.B. prima Bild für 98,- DM Überzeugt euch selbst!

Wer hat Interesse, in Werkraum (Atelier 55m, Kreuzberg) gegen Mietkostenbeteiligung zu arbeiten Tel: 26 76 48

Der Genosse, der beim Scheissen in der FU-Wensa sein Adressverzeichnis verloren hat, möge mich anrufen: 83 49 64.

Suchen Aufträge für Gartenpflege, Grabpflege und -gestaltung Tel: 301 46 37

Künstlergruppe "DE PROFUNDIS" sucht grosse Wohnung ab 6 Zi. mit Bad + Balkon, mögl. billig oder Haus o. Fabriketage. "DE PROFUNDIS" c/o Karin Röhrbein Buchhandlung: 1-15, Ludwig-Kirchstr. 4, Vorsicht wir haben alle lange Haare!

Werdende Grossfamilie sucht Mitglieder jeder sozialen Schicht. Vor allem Frauen mit Kindern (möglichst ab 2 Jahre). Michael Strecker, 1-12, Schlüterstr. 48, Tel: 883 54 74

Cordians
IN VIELEN FARBEN
RUCH FÜR MÄDCHEN

Jeansjacken
WHITE & BLUE LEVIS
PULLIS
K. ENGE HEIMDEU

BERNARS MEN-SHOP
BERLIN 62
HIVIT 73
TEL 73 42 76
SCHÖNEBERG
IN BRENNER
RUS 44 45

KOMMISSAR
LEDERJACKEN
RUS 48 113

LINKER ZEITUNGEN
NACH 883

Mitfahrten

Wer fährt am Samstag, d. 26. nach Bremerhaven? T.: 769 16 25

Suche Mitfahrgelegenheit Richtung Dänemark bis Flensburg 25.7. abends oder 26.7. morgens gegen BKB, Bescheid zu 883

Linkes Paar mit Auto gesucht für Fahrt Berlin über Hamburg nach Paris nach Südrankreich ab ca. 25.7. bis 16.8. BKB Triem/Daniel

Bitte Termine hinterlassen unter Tel: 883 56 51

Wir fahren zu viert 2 Monate nach Nordafrika (Marokko, Algerien, Tunesien) ab ca. 15.8.

Suchen noch Pärchen, dass mitkommen will. Eigenes Auto und Zelt Bedingung. Kostet ca. 800-1000,-

Karte: Kalisch, 1-37, Pappelweg 23

Suche Mitfahrgelegenheit oder Trampgenosse nach Schweden (Göteborg) Ende Juli Ursula Höf, 1-21, Wilsnackerstr. 62

2 Genossen suchen zum 1. August Mitfahrgelegenheit nach Florenz. Mitfahrgelegenheit nach München zwischen 26.-29.7. gesucht. Beide 26 36 75 od. 89 63 86

die theoretische Grundlage, von der sich unser Denken (Leitlinie) ist der Marxismus-Leninismus (Mao)

Wirtshaus Wuppke

VORSTAND FÜR DEN NEULAND GANZAL

SCHLÜTERSTRASSE ECKE KANTSTRASSE NACH 19

LAFFEN:

ASTA PH 1-46, Malteserstr. 77-100, 775 30 78

ASTA FU 1-33, Garystr. 20, 76 90 22 46

ASTA TU 1-12, Str. d. 17. Juni, 32 53 43 oder 314 24 41

Amnesty International über Dr. Niemann 883 49 09

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) 1-41, Lepsiusstr. 36

Büro für Stadtansierung 1-36, Wangelstr. 5, 61 30 02

Basigruppen (TNG) über F. Hemmer, 1-12, Giesebrechtstr. 20, 32 12 82

EXTRA-Dienst (Drehscheibe) 1-31, Pfalzburger Str. 20, 86 21 89

Evangelische Studentengemeinde (ESG) 1-33, Gelfertstr. 45, 769 10 41

Freie Deutsche Jugend (FDJ) 1-44, Allerstr. 35, 68 43 57

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF-Club) 1-31, Ku-damm 72

Humanistische Union (HU) 1-62, Kufsteiner Str. 12, 71 61 97

Informationskollektiv der Kinderläden (Zentralrat), 32 27 64

Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), Sektion Berlin 1-20, Feldzeugmeisterstr. 3, 3884 270

SPARTACUS Initiativsausschuss für eine kommunistische Jugendorganisation C. Gelhaar, 1-30, Fuggerstr. 24, 211 83 24

Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) 1-37, Sven-Hedin-Str. 44 84 29 70

Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken" 1-42, Albrechtstr. 107-108 701 10 41

SOUND 69

PLATTEN
KUNSTGEWERBE
POSTERS
billig SCHMUCK
irre KLEIDER usw.
Ecke Mehringdamm
1-61, Gneissaustr. 114

BARTPAVILLON

STUDENTEN UND KÜNSTLERKNEIPE
KREUZBERG · NAUNYNSTR.
T. 61 53 76 54

POP MUSIC POSTERS
T. 88 73 56

ZIP

JEDERE WOCHE NEU
PARIS NIS LONDON
VORMITTAGE
SCHNAPS
GRATIS
UHLANDSTR. 86

RICHTIG ARBEITSKREISEIN

bookshop
KOLLEKTIVLABOR

VERKAUF LITERATUR

MACHT EUSGLATT-AKTIONEN

1 B 45 Kneesebeckstr. 10

Ständiger Arbeitsausschuss für Frieden, nationale und internationale Verständigung, Kontakt: H. Dehn, 1-41, Wielandstr. 22 85 41 73

Zentraler Ermittlungsausschuss, 1, 12, Str. d. 2. Juni, 314 25 49

Liga für Menschenrechte 87 93 09 oder 80 11 23

Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD) 1-61, Grossbeerenstr. 66 18 18 35

Jugend-Club Prisma 1-52, Scharnweberstr. 17-20, 4123542

Republikanischer Club (RC) 1-15, Wielandstr. 27, 883 40 75

Rote Garde 618 39 90 von 17-19 Uhr

Schüler- und Lehrlingszentrum am Lehniner Platz, Ku-damm 153, Eingang hinter dem Studio-Kino, Cicerost. Tel. 886 66 06 oder 886 67 86

DEMOKRATISCHE UNION (DU) Kontaktadresse Berlin:

Dieter Kersten
1 Berlin 31, 5. April 1969
Wilhelmsaue 31
Tel. 87 95 95 (ab 17 Uhr)

Teestube.
Galerie Gelbhaus
BAYREUTHER STR. 6
13 SORTEN
TEE

Warme Küche
Zwiebelsuppe.

NAME WITTENBERG PLATZ

Veranstaltungskalender

20.7.69 Sonntag 20 Uhr, RC

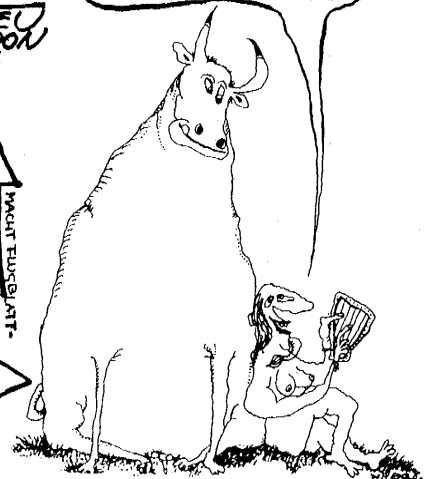
FILME:

1. Kuba Sommer 1968 von Ulrich Knaudt
2. Nicht löschbares Feuer (Napalm) von Harun Parukki

Es wird um eine Mindestspende von 1,- DM gebeten, wobei der Erlös zu 50% für das Sozialistische Zentrum und zu 50% für die Sozialistische Film Coop bestimmt sind.

MATALA

1 Berlin 15 Bayerische Str. 33
ab 18.00 geöffnet Tel: 883 49 16



POLITISCHE FUNKTION DES

aus: Materialien zur
politischen Justiz
RC-Hefte Ffm/ Justizkampagne
Westberlin

ORDNUNGSRECHTS

Die Behauptung der Kriminalität der Studentenbewegung muß als offizielle Begründung des neuen Ordnungsrechts herhalten. "Wir sollten nicht von Studentenunruhen sprechen, sondern die Dinge beim Namen nennen: organisiertes und terroristisches Bandenunwesen linker Extremisten." Es ist daher notwendig, gezielt anzusetzen. (Bruno Heck, Gesetz und Ordnung, in "politische Studien", S. 184/69). Bereits Ende Januar entschloß sich Kanzler Kiesinger den Worten Taten folgen zu lassen: Im Kanzleramt wurde ein Referat eingerichtet zur Endlösung der Studentenfrage, die sog. Bund-Länderkommission. Noch in den letzten Wochen des Sommersemesters 1968/69 begannen zentrale Konferenzen der politischen Gremien aus dem Boden zu schießen, die für die Disziplinierung der Studenten zuständig sind: Die Innenminister (Polizei), Kultusminister und schließlich die Ministerpräsidenten. Am 19.2. wurde der neugebildete Arbeitskreis für das nationale Bildungswesen, in dem die sogenannten akademischen Selbstverwaltungsgremien, wie WK, WK, usw. in Verbindung mit dem Kuratel von Kiesinger, Benda und Stoltenberg unterstellt sind, einberufen. Derart umfassend vorbereitet einigte man sich rasch auf die Konterstrategie. Am 27.2. konnte der Staatsvertrag über die Vereinheitlichung des Ordnungsrechts von den Ministerpräsidenten unterschrieben werden. Es ist wichtig für eine Beurteilung dieser Gesetze, zu wissen, daß dahinter sich das Vorverständnis der Kriminalität der Studentenbewegung verbirgt, denn dieses Vorverständnis wird die Interpretation und damit die Anwendung des Ordnungsrechts bestimmen. Der eigentliche Anstoß zur Schaffung dieses neuen Disziplinierungsmechanismus aber lag natürlich nicht in dem privaten Bewußtsein der Herrschenden, sondern - und daraus läßt sich seine Funktion bestimmen - in der politischen Intention, Gefährdungen der eigenen Herrschaftspositionen und -interessen zu beseitigen:

- im Hinblick auf die zu erwartende Auseinandersetzung während der Bundestagswahlen;
- angesichts einer neuen Intensität und Qualität der Studentenbewegung an der Hochschule;
- insbesondere im Zusammenhang mit den Plänen, daß zur optimalen Ausnutzung der Produktivkraft Wissenschaft die Hochschulen gegen den Widerstand der politischen Studentenbewegung in das Korsett einer technokratischen Hochschulreform gepreßt werden soll.

ORDINARIENMACHT SOLL BLEIBEN

Die politische Studentenbewegung hat sich in ihrem Kampf an der Hochschule nicht damit begnügt, auf technische Mißstände, wie Arbeitsplatzmangel, Vergütung von Mitteln, die ohnehin nicht ausreichend sind, Massenstudium usw. hinzuweisen; Mißstände, die den eigenen Anspruch der bestehenden Hochschule widersprechen und das einzige offen ausgewiesene Reformziel der Reaktionsäre sind. Sondern die Studentenbewegung hat einerseits die Organisationsform der Wissenschaft, die gekennzeichnet ist durch private Vergütungsgewalt der Ordinarien über Forschung und Lehre, durch autoritäre Lehrformen, die das Studium auf von ihnen nicht kontrollierbare Prüfungen strukturieren usw. angegriffen und andererseits den Zusammenhang von Hochschule und Gesellschaft in der Organisation von aktiven Streiks politisch thematisiert. Die Spitzen in den Bürokratien des Staatsapparates haben begriffen, daß die Autonomie der Hochschule - so reduziert diese auch schon ist - es den Studenten ermöglichte, zu einem politischen Selbstverständnis zu gelangen, das den Formierungsintentionen des autoritären Staates den entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen vermag. Durch eine totale Verschmelzung im Kurzstudium, Häufung von Prüfungen, Ausschluss

der Studenten von der Forschung, Erziehung zum Fachidioten wollen sie zwar technische Mängel beheben, aber gerade die politische Bewusstseinsbildung in der Universität auf die Dauer verunmöglichen. (Mit welchem Ziel die noch bestehende Autonomie der Hochschule eingeschränkt werden soll, zeigt sich gerade am Ordnungsrecht: Die Bestellung des Ordnungsbeauftragten kann sowohl vom Rektor als auch vom Kultusministerium durchgeführt werden, damit erreicht wird, daß "Obstruktion oder Passivität Veranlassung damit in beiden Fällen auszuschalten ist.")

Diese technokratische Hochschulreform wird als fortschrittlich verschleiert, wenn z.B. den Studenten Drittelparität in Gremien (in Hessen im Konvent) zugestanden werden, deren Entscheidungsgewalt aber so radikal beschränkt ist (der Konvent hat praktisch nur beratende Funktion), daß sie nur in einem von der Administration vorgegebenen Rahmen handeln können. Die Organisationen der Studentenschaft vds, ASTA, Fachschaften, die sich inzwischen das politische Mandat erkämpft haben, und eine organisatorische Basis im Kampf gegen die technokratische Hochschulreform bilden können, sollen aufgelöst werden. Um diese verschärfte Reglementierung der Universitätsausbildung durchzusetzen, will man den politischen Widerstand der Studenten brechen. Zur Durchsetzung der technokratischen Hochschulreform im Sinne des autoritären Staates ist die vorgängige Verabschiedung des Ordnungsrechts notwendig geworden.

"KLARE RECHTLICHE VERHÄLTNISSE"

Das neue Ordnungsrecht muß die Mängel des alten Disziplinarrechts im Hinblick auf die neue politische Situation bereinigen und antizipiert insoweit die Repressionen der technokratischen Hochschulreform. Anhand der konkreten Änderungen zwischen den alten Disziplinarvorschriften und dem neuen Ordnungsrecht läßt sich die Absicht, für welche Fälle das Ordnungsrecht angewandt werden soll, und damit zugleich die Konterstrategie der staatlichen Bürokratien ablesen, die es zu analysieren gilt, um in adäquater Form neue Handlungsoptionen der Studentenbewegung zu gewinnen:

1. Zunächst "krankte" das alte Disziplinarrecht in seiner Praktikabilität daran, daß fast jede Hochschule verschiedene Disziplinarvorschriften besaß, die teilweise noch aus der obrigkeitlich-staatlichen Epoche des Kaiserreichs stammten, auf jeden Fall aber mit ihrer überwiegenden Mehrheit sogar rechtlich immanent fragwürdig und anfechtbar waren. Dies sowohl in ihren inhaltlichen Bestimmungen, als auch in formell-rechtlicher Hinsicht, d.h. viele Disziplinarvorschriften waren lediglich Verordnungen oder ministerielle Erlasse u.ä., sodaß sie selbst mit den rechtlichen Prinzipien des Grundgesetzes kollidierten. Dies bewirkte ihre Umständlichkeit in der Anwendung und es gibt genügend Beispiele, daß Disziplinarstrafen der Hochschuladministration später vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben wurden. Um diese Unsicherheit aufzuheben, schafft der Staatsvertrag "klare rechtliche" Verhältnisse, indem er zum einen die Länder verpflichtet, "ordentliche" Gesetze zu erlassen, und zum anderen das gesamte Ordnungsrecht einheitlich gestaltet. Mit dieser Zentralisierung der Ordnungsmaßnahmen verbinden sich wichtige politische Funktionen:

a) Durch die vereinheitlichten Vorschriften, von dem in § 4 des Staatsvertrages vorgesehenen Austausch von Informationen über Ordnungsmaßnahmen zwischen den Kultusministerien - der sich zunächst nur wie Aktenfetterschismus ansieht - der Weg geebnet für einen Ausschluss vom Studium an allen Hochschulen der gesamten BRD. Im Staatsvertrag selbst und in den Ordnungsgeetzen der Länder ist zwar immer nur der Ausschluss

(seitlich unterschiedlich bis zu drei Jahren) von den Hochschulen eines Landes, aber über die Hintertür der Immatrikulationsbestimmungen läßt sich einbauen, daß Studenten, die in einer Hochschule vom Studium ausgeschlossen wurden, sich auch in keiner anderen mehr immatrikulieren können. Faktisch bedeutet dies eine enorme Verschärfung der Ordnungsstrafen. Dies ist keine Spekulation, sondern die Hamburger Universität hat sich schon als erste diesen neuen Verhältnissen angepaßt.

b) Durch die Zentralisierung der Ordnungsmaßnahmen läßt sich auch eine technisch perfektere Koordination der Konterstrategie zwischen Universitätsadministration, Polizei und Staatsbürokratie zur effektiveren Bekämpfung der politischen Studenten durchführen. Dieses Ziel wurde schon lange angestrebt und bewährte sich auch teilweise schon, so z.B. als Innenminister Benda während der Demonstrationen gegen Springer zu Ostern 1968 durch eine Koordination des Polizeieinsatzes aller Länder erreichen konnte, daß am Ostermontag alle Polizeieinsätze erheblich brutaler und "durchgreifender" ausgeführt wurden als noch bei den nichtkoordinierten Polizeieinsätze am Karfreitag. In dem noch geheimgehaltenen Ausführungsgesetz zum Ordnungsrecht ist auch das erste Mal ganz unverblümt von der Zusammenarbeit aller Staatsbürokratien die Sprache: § 8: "... Hochschule, Polizei und Staatsgewalt haben den Ordnungsbeauftragten vom Verdacht einer solchen (strafbaren) Handlung zu unterrichten. Die Gerichte und Behörden haben den Ordnungsbeauftragten Rechts- und Amtshilfe zu leisten." Diese Zusammenarbeit wurde in den letzten Jahren durch professorale Gutachten gesegnet und vorbereitet (siehe das Lerche Gutachten)

VOM PROTEST ZUM WIDERSTAND

2. Es fällt auf, daß bisher relativ wenig Disziplinarverfahren eingeleitet wurden. Wegen den oben genannten rechtlich-technischen Schwierigkeiten bevorzugte die Universitätsadministration und die staatlichen Bürokratien bisher andere Repressionen, da diese schneller, leichter und für den Augenblick wirkungsvoller einsetzbar waren: in erster Linie die Polizei. Mit wandelnder Intensität und einer neuen Qualität der Studentenbewegung wird dieses Mittel aber zu sehen in effektiver. Bis zum WS 1968/69 hatten die traditionellen Kampf- und Organisationsformen, die die Studentenbewegung bis dahin hervor gebracht hatte, vorwiegend das Ziel, Studenten zu mobilisieren und aufzuklären. Sie waren darauf eingerichtet, im massenhaften Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen Manipulation, gegen die Unterdrückungsmechanismen und die Verwertungsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft (aktualisiert an Springer-Presse, NS-Gesetzgebung und Universitätsstrukturen) radikal-demokratisches und antiautoritäres Bewußtsein den studentischen Massen anzusprechen. Gewannen zwar die Aktionen gegen die Springer-Presse an Konkretion und wurde auch die Notwendigkeit des Übergangs von Protest zum Widerstand in die NS-Kampagne verbal eingeführt, so blieben die Aktionen selbst in traditionellen Formen verhaftet: Demonstration, teach-in, Besetzung bzw. Blockade. Bei diesen Massenaktionen war die Polizei das nächstliegende Mittel des autoritären Staates. Allerdings zeigte sich eine für die Herrschenden gefährliche Ambivalenz des Polizeieinsatzes: Die Auslösung von Solidarisierungseffekten unter Studenten, Jungarbeitern u. Schülern. Diese vielfach nur moralische Solidarisierung bei un-

politischen und zufälligen Demonstrationsteilnehmern setzte regelmäßig einen Bewußtwerdungsprozeß in Gang, sodaß die Polizei die Bewegung eher stärkte als sie einzudämmen.

DIE PRAXIS DER STUDENTENBEWEGUNG

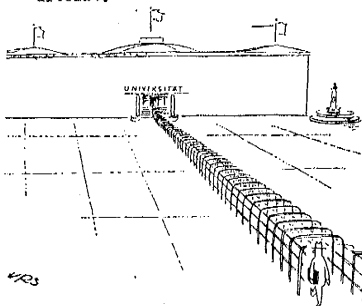
Dieser Mangel in der Strategie der staatlichen Bürokratie wurde noch verschärft durch eine neue Qualität und neue Organisation der Studentenbewegung. Angesichts der Interessenidentität von Staat, Wirtschaft und Universitätsadministration in Bezug auf die totale Zerschlagung des organisierten Kerns der Bewegung konnte es der Studentenbewegung nicht mehr genügen, punktuell und zu Einzelzielen kurzfristig liberale und antiautoritäre Studenten zu mobilisieren, ohne sie langfristig an ihrem Arbeitsplatz Universität zu organisieren. Um den Preis ihres Überlebens mußte die Revolte unternehmen, gleichermaßen ihren Protest gegen veraltete Hochschulstrukturen und Lehrinhalte zu konkretisieren, als auch die Organisationsform Basisgruppe als Alternative studentischer Selbstorganisation so zu institutionalisieren, daß sie in kurzer Zeit eine organisatorische und politische artikulierte Macht darstellte, über die keine reaktionäre Bürokratie, kein Ordinarius ohne weiteres hinweggehen konnte. Die Praxis der Studentenbewegung verlagert sich in dieser Phase von den Massenaktionen weg in dezentralisierte Vorlesungs- und Seminarendiskussionen. Die Studentenbewegung trat unter dem Slogan "Selbstorganisation" mit dem Anspruch und dem Ziel auf, den alten Universitätsbetrieben lahmzulegen und endlich wissenschaftliche Praxis materiell zu verändern; sie setzte selbsttätig endlich die Vorstellungen um, die sie jahrelang in Form von Forderungen erhoben hatte, ohne angehört zu werden. Dieser studentischen Praxis gegenüber sind die alten Repressionsmittel der Universitätsbürokratie tendenziell wirkungslos. Die Polizei kann technisch schwer und politisch nur unter dem größten Risiko einer enormen studentischen Solidarisierung in den Vorlesungen und Lehrveranstaltungen gegen politisch aktive Studenten eingesetzt werden. Die alten Disziplinarvorschriften jedoch hatten noch Probleme ganz anderer Art im Auge: Zwar war in den Vorschriften aller Universitäten in einer Generalklausel auch die Flöckel zu finden, die "akademische Disziplin habe die Aufgabe, die Ordnung der Studierenden zu wahren", aber damit war - entsprechend dem Sittenkodex des kaiserlichen Obrigkeitsstaates u. der historischen Funktion des Disziplinarrechts - der ordentliche ("sittliche") Lebenswandel der Studenten selbst gemeint, was sich in den näheren Bestimmungen deutlich zeigt: Besonders sollen durch disziplinarische Strafen geahndet werden: "hohes und unerlaubtes Spielen oder Wetten, Verrufserklärungen, Herausforderungen zum Zweikampf, unsittlicher Lebenswandel, Hingabe an den Trug" etc.

DEMASKIERTE WILLKÜR

Eine studentische Politik in den Lehrveranstaltungen ist darunter nur schwer zu fassen. Genau diese offensichtliche Lücke in der Konterstrategie gegen die Studentenbewegung führt das neue Ordnungsrecht aus. Es ist inhaltlich abgestellt auf die "Ordnung der Universität", auf die ordentliche Durchführung von Lehrveranstaltungen usw. Was diese Lehrformen bedeuten, kann nur deutlich

POLITISCHE FUNKTION DES ORDNUNGSRECHTS

werden im Hinblick auf das entscheidende Strukturprinzip der deutschen Ordinarienuniversität: Der Interpretationsherrschaft der Ordinarien, d.h. deren willkürliche Kompetenz, "offiziell" und nach dem Ordnungsrecht rechtlich verbindlich festzulegen, was "ordentliche" Wissenschaft und was deren Störung und "Sabotage" heißen soll. Diese Willkür de-maskiert sich, wenn ein und dieselbe studentische Praxis dann akzeptabel und "rechtmäßig" wird, wenn der Professor sie befürwortet, dann aber zu Relegationen führt, wenn der Professor sie verurteilt.



Eingang für Professoren

Die Legitimität der studentischen Forderungen und Praxis kann aber nicht danach bemessen werden, ob ein Professor ihr zustimmt oder nicht - aber ihre Legitimität soll sich daran entscheiden. An diesem Punkt wird die Unterdrückungsfunktion des Ordnungsrechts offenbar, wenn legitime Forderungen mit der Waffe "Legitimität" bekämpft werden können. Es wird deutlich, warum das Bewusstsein und die polt. Intention derer, die das Ordnungsrecht anwenden können, entscheidend ist: Das Ordnungsrecht ist für deren Interessen fungibel, d.h. konkret für die Ordinarien und deren akademische Gremien. Das Ordnungsrecht schützt daher nicht die - gar nicht denkbare - "objektive" - Ordnung und Funktionsfähigkeit der Universität, sondern einen ganz bestimmten, bestehenden - unvershämterweise als "ordentlich" bezeichneten - Zustand: Im Klartext - die Ordinariatsstruktur, die feudale Herrschaft des Professors, anachro-

nische Lehrinhalte, Massenveranstaltungen, irrationale Prüfungssysteme d.h. bestehende politische Formierungsmechanismen der Universität und die bestehende Verwertung der Studenten als funktionalen Output für die kapitalistische Gesellschaft.

ABSTRAKTE LEERFORMELN

Indem das Ordnungsrecht aber nicht in diesem Klartext abgefasst ist, sondern abstrakte Leerformeln isoliert von ihrem sozialen Kontext hinstellt, erfüllt es eine ideologisierende Funktion. Es verschleierte seine politische Wirkung, die Gewaltanwendung gegen Studenten, die erst bei der Anwendung zutage tritt. Während die alten Disziplinavorschriften noch durch ihre unverblühte Formulierung jeden, der sie anwenden wollte auf Grund ihrer Lächerlichkeit desavouierten, erheischt das Ordnungsrecht für die oberflächlichen Betrachter Zustimmung für Leerformeln, denen in dieser Abstraktheit keiner widersprechen kann. So kennzeichnet das Ordnungsrecht den Versuch des kapitalistischen Staates, wieder zu dem ihm eigenen Mittel der versteckten Gewalt zurückzufinden. Denn die Herrschaftsabsicherung in der kapitalistischen Gesellschaft besteht ja gerade darin, daß die dazu nötige Gewalt nur versteckt in Form von Manipulation, bürokratischen Ermessensentscheidungen, oligarchischer Kompetenzregelung der politischen Willensbildung (Parlament, Parteien usw.) angewandt wird; Mechanismen, die allesamt ideologisch als Werte wie Pressefreiheit, Rechtsstaat, demokratische Willensbildung etc. ins Positive gekehrt als solche verinnerlicht und anerkannt werden. Ist dieser Kreis geschlossen, bedarf es nicht mehr der offenen Gewalt des faschistischen Staates. Hatte die Studentenbewegung gerade diese versteckte Gewalt durch ihre Praxis provoziert, sich offen in Form des Polizeiknüppels zu zeigen, so zwingt die Gefahr der damit verbundenen Aufklärung die Herrschenden mit dem Ordnungsrecht zu Mechanismen des "stillen errors" zurückzukehren.

DAS ORDNUNGSRECHT IST DAS

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM DORF Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40

LINKE LITERATUR + POSTER + GRAFIK (auch Fachbücher) nahe U-Bahn

Lieblin auf der Flucht erschossen Rosa Luxemburg von der Menge getötet

Die Rote Fahne

General von Emmich, des Bezwingers von Lüttich, erlassen vor den Toren der Reichardt und Gen. in den Straßen Berlins. Niedergeworfene Parolen, die über die Übergabe des "Vorwärts" verhandelt wurden und von der Regierungssoldateske mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zerschmettert wurden, so daß die Rekonstruktion ihrer Leichen unmöglich ist. Gefangene, die an die Wand gestellt und in einer Weise hingemordet wurden, daß Schädels und Hirn herumspritzten: Wer denkt da noch an die so glorreichen Taten an die schmalhüftigen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? "Spezialisten" heißt der Feind und Berlin der Ort, wo unsere Offiziere zu siegen verstehen. Noske, der "Arbeiter", heißt der General, der Siege zu organisieren weiß, wo Lüttichdorf versagt hat.

Ordnung herrscht in Berlin

Von Rosa Luxemburg

"Ordnung herrscht in Berlin!" verkündet triumphierend die bürgerliche Presse, verkünden Ebert und Noske, verkünden die Offiziere der "siegreichen Truppen", denen der Berliner Kleinbürgerliche Mob in den Straßen mit Tüchern winkt, mit Hurra! zujubelt. Der Ruhm und die Ehre der deutschen Waffen sind vor der Weltgeschichte gerettet. Die jämmerlich Geschlagenen von Flammen und den Äxten haben ihren Ruf wiederhergestellt durch den glänzenden Sieg - über die 300 "Spezialisten" im "Vorwärts"! Die Zeiten des ersten schmerzlichen Eindringens deutscher Truppen in Belgien, die Zeiten

General von Emmich, des Bezwingers von Lüttich, erlassen vor den Toren der Reichardt und Gen. in den Straßen Berlins. Niedergeworfene Parolen, die über die Übergabe des "Vorwärts" verhandelt wurden und von der Regierungssoldateske mit Kolben bis zur Unkenntlichkeit zerschmettert wurden, so daß die Rekonstruktion ihrer Leichen unmöglich ist. Gefangene, die an die Wand gestellt und in einer Weise hingemordet wurden, daß Schädels und Hirn herumspritzten: Wer denkt da noch an die so glorreichen Taten an die schmalhüftigen Niederlagen vor den Franzosen, Engländern und Amerikanern? "Spezialisten" heißt der Feind und Berlin der Ort, wo unsere Offiziere zu siegen verstehen. Noske, der "Arbeiter", heißt der General, der Siege zu organisieren weiß, wo Lüttichdorf versagt hat.

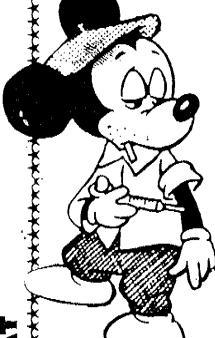
"Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schergen! Eure "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon "rauseln" wieder in die Höflichkeit und zu euren Schrecken mit Postenknäueln verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!

In: "Die Rote Fahne" vom 14. Januar 1918



Haschkabarett

1 - 15, LUDWIGSKIRCHSTR. 6, Tel. 881 08 17, tägl. a.u.E. Mo. 2000
Programm: **ALLES HAT SEINE GRENZEN!**
Fr. Sa. 23 Uhr Interburk & Co - Fr. Sa. So. Theate f. Kinder
BERLINER FILM-COOP JEDEN DONNAG 20 u. 23 UHR



DROGEN IN SCHULTASCHEN

Haschisch und Marihuana bevorzugt

1. Haschisch ist die harzige Ausscheidung des Hanfkrautes (cannabis). Es wird in schneidbaren Platten gehandelt, die pfeiflich bis handellergroß sind. Marihuana besteht lediglich aus den getrockneten Blütenständen dieses Hanfkrautes und wird seines Aussehens wegen auch "Grua" oder "Ilu" genannt. Haschisch gehört zu den euphorisierenden, bewußtseinsverändernden Mitteln und wird meist mit Tabak vermischt geraucht.
2. LSD-25 ist das bekannteste der synthetischen Halluzinogene, die sinnestäuschend und bewußtseinsverändernd wirken. Umstritten ist, inwieweit LSD-Gebrauch zu Chromosomen-schäden führt.
3. Pervitin gehört zu den Weckmitteln, die häufig auch als Appetitzüger verwendet werden, um stimulierende Effekt bei wiederholter Einnahme, rasch nach und führt zur Erhöhung der Dosis und Gewöhnung.
4. Morphin wird aus dem Opium gewonnen und bewirkt außer Schmerzlinderung eine euphorische Stimmung, die das Wohlbefinden scheinbar erhöht und die Antriebskräfte dämpft.



HASCH



Haschisch keine Sucht erzeugt, widerlegt Psychiater Huchard aus Erfahrung: Ich behandle auf meiner Station einen 17-jährigen Oberarzt, der nur eine einzige Dosis Haschisch nahm und sofort suchte war. Er teilte schließlich eine Gleichgültigkeit allen Menschen und Problemen gegenüber, wie man sie auch bei langjährigen Alkoholikern beobachten kann.

Die Jung-Süchtigen sind vielfach in Deut-Lokalen auf den Geschmack und ins Geschäft gekommen. Sie wissen, wo die Händler zu treffen sind, beispielsweise im "Grünen" und im "Speak Easy" in Hamburg-St. Pauli oder im "S.A.U." und im "PM-Hilfshaus" in München-Schwabing. Die Ware wird meist woanders übergeben - ein Erfolg der Kripo-Razzien.

Schutzeleute wie Schüler kennen sich gleich gut in Notierungen und Verbraucher-Verhalten aus. Ein Gramm Haschisch kostet zwischen drei und acht Mark - je nach Qualität und Nachfrage, berichtet der Kaufmeister Franz Resch aus München. Sein Hamburger Kollege, Oberkommissar Hans Schürer, unterteilt schwache und starke Raucher so: Manche inleihen ein ganzes Gramm dieser Zeug in den Tabak für eine Zigarette, andere können mit sechs Zigaretten Menge für fünf bis sechs Zigaretten aus.

Haschisch wie Morphin, Heroin, Kokain oder LSD werden von deutschen Schulern seltener verlangt: Sie sind teurer und doch gefährlicher als Haschisch.

Die gutgemeinten Aufklärungsaktionen von Jugendberühn und Gesundheitsämtern finden kaum ein Echo. Immer mehr deutsche Schüler orientieren ihren Rauchgenuss lieber an Slogans wie "Haschisch ist ein Studentenzettel" und "un-lie" aus: "Haschisch Haschisch in den Taschen - haschi immer, haschi immer."

Haschisch ist "fun" für junge Leute. Und damit zeichnet sich auch in der Bundesrepublik eine Schülerbewegung ab, die ihren Vorbildern in England, Holland, Schweden und Dänemark nachzueifelt. Fachleute fürchten, es sei nur eine Frage der Zeit, bis es junge Deutsche so weit wie junge Skandinavier gebracht haben:

Der in dieser "883"-Ausgabe abgedruckte Haschischreport ist eine Fleissarbeit des SPIEGEL. Wir haben uns oft bemüht von Genossen Materialien oder Artikel zu bekommen, leider ohne Erfolg.

Dieses hat stellen wir zur Diskussion und hoffen auf mehr Anklang als bisher.

Was das Motiv für unsere Junggenossen auch immer sein möge, den Haschischkonsum zu fördern, wir müssen die Diskussion endlich in Gang bringen: Ist Haschisch revolutionsfördernd oder ist Haschisch konterrevolutionär?

Ist das "Unbehagen am Karriere-denken einer kritiklosen Konsumgesellschaft" (dixit SPIEGEL) ein gültiges Argument oder ist das Haschisch etwa nur modern weil verboten, ist das Haschisch für die meisten Abnehmer vielleicht nur das was für unsere Eltern das heimliche Klorauschen war? Bin Anknüpfungsbeweis etwa?

Wir müssen uns auch mal über eine Nebenerscheinung dieser "Haschischbewegung" eingeworfen, über die mehr oder weniger notwendigen Haschischkäufer, Amateure oder berufsmäßige, linke oder Ganoen. Sind "Haschischvermittler" "tabu" für uns, sind Händler die sich an Genossen bereichern tragbar, müssen wir denn Finanzgeier, die sich die Taschen füllen, schützen, rechtfertigen und ertragen?

Schreibt uns was ihr darüber denkt, Informationen, Leserbriefe (Anonymität garantiert wenn gewünscht) und Artikel werden veröffentlicht.

* IN MEMORIAM: STAUFFENBERG

Der STERN dieser Woche hat eine Anzeige der "Aktionsgemeinschaft 20. Juli veröffentlicht", in der das Attentat und die Attentäter gewürdigt werden. Einige der größten Helfer des Faschismus in Deutschland während des "Dritten Reiches" in Deutschland begründeten und unterstützten diese Aktionsgemeinschaft. Wir veröffentlichten den Text der Anzeige mit einigem Namen der Unterzeichner, um jedem Leser die Möglichkeit zu geben, zu entscheiden, wer heute wieder in Deutschland herrscht.



Leutnant von Stauffenberg (1933)

Am 20. Juli

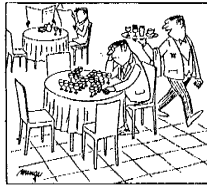
gedenken wir des Tages, an dem vor 25 Jahren Graf Stauffenberg und seine Freunde zum letzten Mal den verzweifelten Versuch unternahmen, als Deutsche die Herrschaft Hitlers in Deutschland zu brechen. Ihre Tat war vergeblich, sie setzte ein weithin sichtbares und heute noch erkennbares Zeichen für die Existenz eines anderen Deutschlands, als jenes, dem Hitler seinen Namen gab, sie legitimiert unser geistiges und politisches Dasein heute. Die deutsche Opposition jener verschiedenen Gruppen, die unter Stauffenberg zusammen fanden, und die "Weiße Rose" sind Teile eines umfassenderen Widerstandes gegen ein verbrecherisches Regime in eigenen Lande. Zu dessen Gegner gehörte ein jeder, der seinem Gewissen gehorchend und oft sehr vereinzelt im Inland oder in Emi-

gration nationalsozialistische Ideologie bekämpfte, sich weigerte das Recht zu beugen und den Verboten des unmenschlichen Systems Hilfe bot. Die meisten von ihnen ließen ihr Leben, viele blieben unbekannt. Ihnen gilt unser Gedenken am Jahrestag des 20. Juli 1944. Aber auch der Millionen Menschen aller Nationen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen sind, gedenken wir in Ehren. Doch dieses Gedenken muß mehr sein als eine Erinnerung an ein historisches Datum. Es muß, heute und immer, erfüllt von seinem Willen, jenen Irrwegen zu begegnen, die einst eine unselige Zeit möglich machten. Elementare Menschlichkeit, Überzeugungstreue und rechtsstaatliches Denken sind die Tragpfeiler dieser Gesinnung. Unser Glaube an die Verwirklichung ist der Glaube an unsere demokratische Staatsordnung und an ein nach innen und außen befriedetes

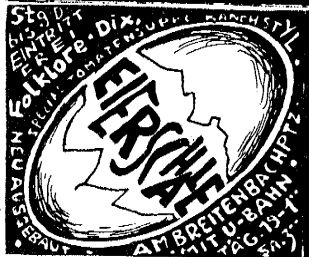
Europa.

Aktionsgemeinschaft 20. Juli 1944

Hermann J. Abs, Frankfurt
Wolf Graf von Baudissin, Hamburg
Innenminister Ernst Benda, Bonn
MdB Dr. Kurt Birrenbach, Bonn
Dr. H.G. van Dam, Düsseldorf
D. Helmut Gollwitzer, Berlin
Günther Grass, Berlin
Ministerpräsident Kühn, Düsseldorf
Bundesminister a.D. Ernst Lemmer
Landesbischof D.Dr. Lillie, Hannover
MdB Ernst Majonica, Bonn
Dr. Gebhard Müller, Präsident des
Bundesverfassungsgerichts
Generalmajor Schaefer, Mainz
Bischof D. Kurt Scharf, Berlin
Bundesminister Herbert Wehner, Bonn



„Wünscht der Herr noch ein Glas auf die gute alte Zeit?“



WESTBERLIN ERLEBEN !

WESTBERLIN ERLEBEN heißt ein neues Plakat von Krukenberg/Witt, das vom Agit-Shop (1 Berlin 15, Uhlandstr. 52) gedruckt wurde. Es zeigt eine regelmäßige Anordnung von 12 roten und grünen Quadraten im Gesamtformat DIN A 1, die in klarsichtiger Manier durchdrungen von tiefverantwortlichem Bürgersinn Darstellungen bieten, warum es in Westberlin so schön ist. Z.B.:



bei uns
sind selbst
die Embryos
überallert

DREHSCHNITT
Potsdamer
Straße 20
BERLIN 31

20 in- und ausländische Tageszeitungen
40 Zeitschriften
7 verschiedene Biere
7 Wodka-Sorten
4 Fernsehprogramme

UNDOGMATISCHE KNEIPE FÜR LINKE LEUTE
täglich 18 bis 2 Uhr geöffnet
Sonntags nie ! Tel. 86 29 14

Ein Forum **GO-IN** für Aktive
TEL. 881 72 18
BLEIBTREUSTRASSE 17
FOLKLORE
CAFE-THEATER
GALERIE
LYRIK FILMCLUB

Rotbücher
1. Ernesto Che Guevara: Guerrilla - Theorie und Methode. DM 5,50
2. Paul A. Barr: Ein Friede/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialismus. 128 Seiten. DM 4,50
3. Alfred Césaire: Über den Kolonialismus. 80 S. DM 3,50
4. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch. 96 Seiten. DM 3,50
5. Wolfgang Osofsky: Antikolonialistischer Lager und Ausbeutung. Mit einem Leesebuch. 160 Seiten. DM 5,50

Shops
HATTE DISKUSIONEN & FREIHEITENDE GESPRÄCHE MÖGLICH
Bier
Schmalzstullen
Krautsuppe
Trottel Keller

ZUM SCHOTTEN
1 BERLIN 42
SCHLÖTERSTR. 52
T 881 29 73

TREFFPUNKT EINIGER LINKER
UND DER LIEBEN POPOS



Neubauers
„linke“
Hilfstruppe



Buchhandlung

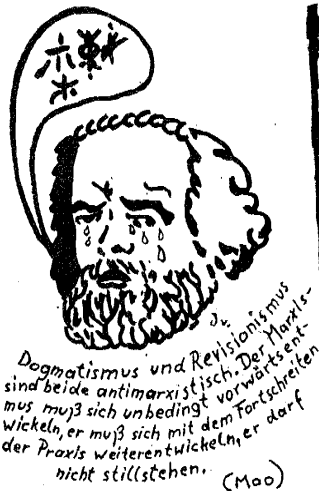
Karin
Röhrbein
1 BERLIN 15
LUDWIGKIRCH-
STRASSE 4

INTERNATIONALE LINKE PRESSE
POLITIK & SOZIOLOGIE
tel 881 46 59
LAKAT: ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN

TAG UND NACHT DURCHGEHEND
GEÖFFNET.
ROTE RITZE
KREUZBERG
-PRINZENSTR. 111
TINTENFISCH
1,95
SCHMALZSTULLEN
-60
SPECKBROT
eine Kneipe für linke und liberale scheißer.

DIE ANTI-AUTORITÄRE KNEIPE
IN STEGLITZ BIRKENSTRASSE
83 36 96
Doktor Knack
Täglich 19-3

Hallo Kneipiers! Kaschemmen-eigner!
Interterror is watching you!!



GENOSSEN FAHRT NACH EBRACH!!

SUCHT MITFAHR-
GELEGENHEITEN
NICHT, UM UR-
LAUB, SONDERN
UM REVOLUTION
ZU MACHEN!

Die Genossen, die
jetzt schon in Ebrach
sind, brauchen drin-
gend Unterstützung,
da sie laufend von
organisierten „Ordnungs-
hütern“ vertrieben
werden.

Kommt
massenhaft!!

Wo ist Radek?

„Vereinigung zur Bekämpfung
des Bolschewismus“

Belohnung von
10000 M.

* Wer ist RADEK?:
KARL RADEK WAR
KOMINTERN-AGENT
U. FÜHREND AN DER
1918-REVOLUTION!!
ER WURDE VON
STALIN
ERMORDET

DAS SOZIALISTISCHE ZENTRUM

I. DAS SOZIALISTISCHE ZENTRUM

Die in den letzten Wochen in der Berliner Linken in und ausserhalb des Republikanischen Clubs geführte Diskussion über ein neu-zuschaffendes SOZIALISTISCHES ZENTRUM hat zu Ergebnissen geführt, aus denen jetzt bestimmte Konsequenzen gezogen werden müssen.

Das SOZIALISTISCHE ZENTRUM als politisches Zentrum der Linken: die Entwicklung der sogenannten Auserparlamentarischen Opposition von einer bloßen anti-autokratischen Studentenrevolte zu einer Bewegung mit sozialistischen Zielen - von der bürgerlichen Presse als Tod der APO mißverstanden und diffamiert - hat der Organisationsfrage eine zentrale Bedeutung zukommen lassen. Die Notwendigkeit eines politischen Zentrums für die Linke ist sowohl bei den Basisgruppen wie bei den Universitätsgruppen klar erkannt worden.

Für die Basisgruppen heisst das, daß die Arbeit in den verschiedenen Basisgruppen und Betriebsgruppen koordiniert werden muß und die Arbeitsbereiche, die nicht von einzelnen Basisgruppen zu bewältigen sind (Schulungsarbeit, grössere Kampagnen) zentral in Angriff genommen werden müssen. Ebenso müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Arbeit innerhalb der einzelnen Basis und Betriebsgruppen durch Einbeziehung von Genossen aus anderen Praxisbereichen (Mediziner, Lehrer, Kindergärtnerinnen) wirksamer wird als bisher.

Die Kooperation der Basisgruppen untereinander mit anderen Gruppen, wie sie im Malkomitee stattgefunden hat, war ein Ansatz und ein Anstoss, die Organisation in Richtung auf ein SOZIALISTISCHES ZENTRUM voranzutreiben.

Die gemeinsame Schulungsarbeit wird mittlerweile vom Sozialistischen Arbeiter und Lehrlingszentrum (S.A.L.Z.) der Basisgruppen im Sozialistischen Zentrum geplant und organisiert.

Die Universitätsgruppen werden sich vorläufig nicht in gleicher Weise auf das SOZIALISTISCHE ZENTRUM hinorientieren.

Dem die Transformation der Studentenrevolte in einer eigenen studentischen Massenorganisation, soll geleistet werden mit Hilfe der Gründung einer eigenen studentischen Massenorganisation, deren Gründung auch als Antwort auf das Hochschulgesetz des Senats notwendig erscheint. Das würde bedeuten, daß der Hochschulsektor der APO zunächst gesondert organisiert bleibt, wenngleich die Zusammenarbeit mit den übrigen Gruppen im Sozialistischen Zentrum selbstverständlich ist. Da zudem das eigentliche Ziel der geplanten Hochschulschulungsorganisation gerade die Freisetzung studentischer Kader für den auser-universitären Bereich ist, wäre auch für die studentische Massenorganisation das SOZIALISTISCHE ZENTRUM der relevante organisatorische Bezugspunkt.

Die im RC geführten Diskussionen haben folgendes Ergebnis gehabt: 1.) Die Notwendigkeit, die Stützpunktfunktion des RC für die arbeitenden Gruppen, wie sie sich in den letzten Monaten immer deutlicher ergeben hat, zu verstärken, ist praktisch von allen Klubmitgliedern, die sich an diesen Diskussionen beteiligt haben, prinzipiell anerkannt worden.

Auch wenn viele Klubmitglieder ihren Status als Kartelleichen nicht verändert haben, so darf doch aus den Diskussionen der letzten Wochen die Konsequenz gezogen werden: Auszug aus der Wielandstr. und Neueinrichtung eines wesentlich grösseren für die Arbeit der Gruppen brauchbareren und mit mehr technischen Hilfsmitteln ausgestatteten Sozialistischen Zentrums. Der Vorstand des RC hat sich entschlossen, dies in Angriff zu nehmen.



TECHNISCHES UND FINANZIERUNG:

Der Raumbedarf für das SOZIALISTISCHE ZENTRUM, der sich an den Minimalwünschen der angesprochenen Gruppen orientiert hat, sieht etwa so aus:

1. Ein grosser Raum für Veranstaltungen, ca. 600 Personen.
2. Zwei grössere Räume für jeweils bis 100 Personen.
3. Sieben bis acht Räume für ca. 30 bis 50 Personen.
4. Mindestens sechs Büroräume.
5. Eine Bibliothek (Lesezimmer).
6. Ein Buchladen.
7. Zwei Räume (Druckraum, Papierlagerung etc.).
8. Drei Wohnräume.
9. Zwei Räume (Mediziner).
10. Eine Kneipe mit zwei Nebenräumen.
11. Küche beziehungsweise Vorratsraum.
12. Diverse sanitäre Anlagen.
13. Eventuell Kellerräume, etc.

Die Möglichkeit, in West Berlin ein altes Fabrikgebäude oder einen Teil eines solchen in dieser Grösse zu mieten, ist prinzipiell gegeben, und zwar auch zu Preisen, die im Rahmen der Möglichkeiten, der Beteiligten liegen. Bisher sind dem RC zwei Projekte dieser Art (in Kreuzberg) genannt worden, die beide zwar nicht ganz ungeeignet waren, aber doch noch zu viele Mängel aufwiesen, als daß eine positive Entscheidung schon sinnvoll erschienen wäre.

Wir rechnen aber damit, daß ein Aus- und Umzug in neue Räume in den nächsten Monaten stattfinden wird. Es sei angemerkt, daß sich nach den Vorstellungen des Vorstandes an der rechtlichen Konstruktion des RC's nichts ändern wird. Die GmbH & Co. K.G. wird weiterhin existieren und Mieter der neuen Räume sein, die politische Arbeit des RC's im e.V. stattfinden.

Die Kosten des Sozialistischen Zentrums können wie folgt veranschlagt werden: 1. Miete: ca. DM 3.000,-; das würde bedeuten, daß gegenüber den jetzigen RC-Räumen eine über DM 1.000 höhere Miete bezahlt werden müßte (für Räume, die mehr als drei mal so gross wären).



2. Neueinrichtung der Räume: ca. DM 80.000,- bis DM 100.000,-. Diese Summe ist weitgehend geschätzt und wird vielleicht nicht sofort auf einmal notwendig sein. Auch besteht eine berechtigte Hoffnung, daß sie sich durch freiwillige Aufbauschichten von Mitgliedern der Basisgruppen u.a. noch erniedrigen läßt.

3. Die laufenden Unkosten für Büro und Gehälter werden mindestens genau so hoch sein wie bisher im RC.

Diese Gelder müssen aus den verschiedenen Quellen aufgebracht werden:

a) Die Einrichtungskosten müssen im Rahmen einer grossen Finanzierungskampagne aufgebracht und erbettelt werden. Die ersten Spenden sind schon auf dem vom RC eingerichteten Sonderkonto eingegangen. Die Basisgruppen werden ihre Mitglieder auffordern, den Ertrag eines Produktionstages für die Einrichtung des Sozialistischen Zentrums zu spenden. Der Clubvorstand fordert hiermit seine Mitglieder auf, das gleiche zu tun: Spendet soviel, wie ihr an einem normalen Arbeitstag verdient für das Sozialistische Zentrum! Wer den Wunsch hat, eine Spende Steuerabzugsfähig zu zahlen, wende sich bitte an das Sekretariat des RC.



Der Initiativausschuss für das Sozialistische Zentrum und der RC Vorstand werden sich darüber hinaus auch direkt an potentielle Geldgeber wenden mit der Bitte, grössere Summen zur Verfügung zu stellen, und schließlich werden bei grösseren Veranstaltungen der APO in Zukunft Sammlungen für das Sozialistische Zentrum gemacht werden.

b) Die erhöhten und in Zukunft sicher noch wachsenden Unkosten für das Sozialistische Zentrum können und sollen selbstverständlich nicht allein von den bisherigen Mitgliedern des RC getragen werden. Es müssen deswegen - neben der vorläufig nicht sehr hoch zu veranschlagenden Beteiligung der Basisgruppen an der laufenden Finanzierung - neue Geldquellen erschlossen werden.

Es soll dabei in doppelter Richtung vorgegangen werden:

Es müssen langfristig gewinnbringende Projekte aufgebaut werden. Dazu gehören natürlich, wie schon bisher - aber in erweiterter Form - Kneipe und Buchladen, dazu gehören dann etwa eine linke Kfz-Werkstatt, ein Laden für billige Konsumgüter u.a.mehr.

Zweitens müssen Unternehmungen, die davon leben, den linken das Geld abzunehmen, zu einer partiellen Rückvergütung veranlasst werden. Mit den linken Kneipen in Charlottenburg nimmt die Sache z.Zt. ihren Anfang, eine von "887" begonnene Kampagne in dieser Richtung, die natürlich auf die Solidarität der linken Genossen angewiesen ist, hat schon erste Erfolge erzielt (der Wirt vom "Schotten" z.B. hat sich bereit erklärt, monatlich mindestens DM 150,- für das Sozialistische Zentrum abzuführen. Die ersten DM 150,- hat uns der Schottenwirt bereits am 22. Juni 1969 gegeben und wurden auf das Sonderkonto für das Sozialistische Zentrum eingezahlt).

Allerdings wird diese Art der Finanzierung weder in der einen noch in der anderen Form schon sofort all das Geld einbringen, was für die laufenden Unkosten des Sozialistischen Zentrums nötig sein wird. Deswegen braucht das Sozialistische Zentrum für eine Übergangszeit noch laufende Spenden. Der RC Vorstand wendet sich deswegen an seine Mitglieder mit der Bitte, zu überlegen, ob sie vom Beginn der Arbeit im Sozialistischen Zentrum an monatlich befristet für ein Jahr - zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen eine monatliche Summe bezahlen können.



Für die tägliche Agitation

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unähnlich wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen und Zuchthäuser.“ (Industriekurier, Düsseldorf)

Die Gleichsetzung von Betrieben und Schulen mit Zuchthäusern trifft den Kern der Sache, man kann dem „Industriekurier“ für diese Offenheit nur danken. Und daß in der Bundeswehr noch der gleiche undemokratische Geist wie vor 1945 herrscht, das ist uns auch nicht neu.

„Die Mitbestimmung rührt an den Grundlagen unserer Eigentums-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“ (Unternehmensrat des Deutschen Industriekongresses, Nr. 22, 1. Juni 1967)

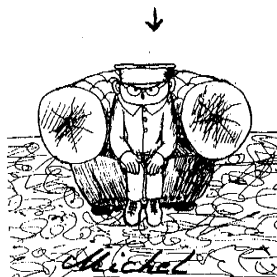
Die Herren Unternehmer haben es genau erkannt, worum es uns geht, wir sehen den Kampf um die erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung als Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus zur Beseitigung des verfaulenden spätkapitalistischen Gesellschaftssystems.

„Nun bin ich weg!“



Du weiße Sternblume im ersten Frühlingwind, Karl Marx und Einstein sind nicht mehr als du, mein Kind!

MICHEL I. ERZAEHLT.....!



BENDA GIBT RADIKALEN KEINE CHANCE

Bundesinnenminister Benda räumt den radikalen Kräften in der Bundesrepublik keine Chance ein. In einer Rede vor dem Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands versicherte der Minister am Wochenende in Köln, den „Revolutionären der verschiedenen Richtungen“ werde es verwehrt werden ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Benda sprach von einer „vorhersehbaren Niederlage“ der radikalen Kräfte. Seine Voraussage verband der Minister jedoch mit einer Warnung an die Vertreter des Staates, nach der Niederlage der Radikalen zu glauben, es sei ein Erfolg errungen, „und es könnte nun eigentlich alles beim alten bleiben“.

GRIECHEN WIDERSTANDSFILM IN MOSKAU

Costa-Gavras, der griechische Regisseur des französischen Films „Z“ hat nun zugestimmt, daß sein Film doch beim Moskauer Film-Festival gezeigt werden darf. Nachdem die Delegation des griechischen Militärregimes ihre Teilnahme an den Festspielen absagte und der offizielle griechische Film zurückgezogen wurde, nahmen Costa-Gavras, das Schauspielerteam von „Z“ und Melina Mercouri ihren Protest zurück. Sie wollen jetzt mit „Z“ an das Festival teilnehmen. „Z“ ist die kaum romancierte Verfilmung der Verschwörung gegen den linken griechischen Abgeordneten Lambrakis und seiner Ermordung durch Faschisten einer rechtsradikalen Organisation. Der Lambrakis-Film ist noch nicht in Deutschland gezeigt worden. In Paris dagegen spielt er seit Januar und wurde bereits von mehr als 500.000 Menschen gesehen.



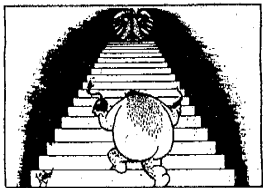
EX-MAJOR TRAF DEN NAGEL AUF DEN KOPF

Ein einziger Gefreiter auf einer Kommunistenversammlung in Westdeutschland erregt großes Aufsehen bei Politikern und Militärs. Zehn Majore und Hauptleute auf der NPD-Versammlung dagegen kümmern niemanden. (Hans-Joachim Kruse, in die DDR geflüchteter ehemaliger Bundeswehr-Major)



TESTS MIT TÖDLICHEM NERVENGAS

Das amerikanische Verteidigungsministerium führt nach eigener Mitteilung vom Wochenende auf drei Versuchsgeländen in den Vereinigten Staaten nach wie vor Tests mit tödlichem Nervengas unter freiem Himmel durch. Dokumente, die von der Regierung einem Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses vorgelegt wurden, deuten darauf hin, daß diese Versuche in den nächsten drei Monaten noch verstärkt werden sollen.



Die Eskalation der Gewalt Die Welt

NEUE WAFFEN FÜR ATHEN ?

Das griechische Militärregime scheint neue Waffengeschäfte in der Bundesrepublik tätigen zu wollen. Einem Bericht der „Griechenland-Information“ zufolge hat die Firma Bölkow GmbH den Auftrag der Junta angenommen, vierzehn Hub-schrauber für das Regime zu liefern. Weiterhin soll die Firma Krauss-Maffei AG in München von Junta-Offizieren besucht und gebeten worden sein, leichte Waffen zu liefern, die für den Einsatz bei Straßenkämpfen geeignet sind. Laut „Griechenland-Information“ hat die „Firma den Abschluß des Vertrages von einer Einwilligung der Bundesregierung abhängig gemacht“. Zu der bereits früher abgegebenen Stellungnahme von „Griechenland-Information“, man hoffe, Bonn werde eine solche Genehmigung nicht erteilen, ist nach Auskunft der in der Bundesrepublik lebenden Mitarbeiter dieses Informationsheftes bisher von offizieller Seite keine Erklärung gegeben worden.

1 BERLIN 41 RHEINSTR. 54

EVA'S POSTER SHOP

PLANKUNSTWERKE

1967-Poster ab 20,-
Russische Rev. n. 4,50
Filmposters ab 2,50

KRIMSKRAMS
POSTER
BILDER

BESTELLSCHHEIN 883

HIERMIT BESTELLE ICH AB.....

DIE WÖCHENTLICH ERSCHEINENDE ZEITUNG ZUM ABO - PREIS VON DM 2.- MONATLICH (INCL. PORTO) FÜR DIE MINDESTDAUER VON 1 JAHR DEN BETRAG ÜBERWEISE ICH IM VORAUS AUF DAS PSCH KONTO „GRUPPE A“ 221241, GLN-W

NAME:

ANSCHRIFT:

UNTERSCHRIFT:

Agit 883

STRAFANZEIGE

Berlin wird ihnen eine Antwort geben!

B.Z.: Der Demokratische Klub hat Strafanzeige gegen die verantwortlichen Herausgeber des APO-Blattes „883“ gestellt. In der Nummer 20 der Zeitung ist angeblich die Aufforderung enthalten, den indonesischen Staatspräsidenten zu ermorden, wenn dieser zu einem Staatsbesuch nach Berlin kommen sollte.

Diese „Aufforderung zum Mord“ lautete: Es ist daher die Aufgabe der APO, klarzustellen, daß es in diesem Fall nicht bei Demonstrationen bleiben wird, sondern daß in revolutionärer Solidarität mit den fortschrittlichen Gruppen Indonesiens für eine Erschießung des üblen Diktators Suharto gesorgt werden wird. Ein ganzes Volk würde dadurch im emanzipatorischen Befreiungskampf einen großen Schritt vorwärts kommen.

SIG SIGMA

Sigmaringer

Niederschrift über die Sigmaringer Strafe.

Die Sigmaringer Straße verläuft parallel zur Platzburger- und zur Uhlandstraße. Sie erstreckt sich vom Hohenzollernplatz bis zur Berliner Straße. Der nächste Verkehrsknotenpunkt ist der Berliner Platz. Vom Berliner Platz ist die Sigmaringer Straße nur drei Minuten entfernt. Merkt auch das alles ganz genau, lest es notfalls nochmal, denn in der Sigmaringerstraße ist Bo und Bo!

SIGMARINGERSTRASSE

Polkwitz

Bier Weinschnaps & Limonaden

Bayerische Straße 33 am Olivaer

Ab 17 Uhr geöffnet!

Man kann auch draußen sitzen!